

Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 25. Juni 1879.

Nr. 289.

Deutschland.

Berlin, 24. Juni. Die „National-Zeitung“ schreibt:

In England empfindet man jetzt mit großer Bitterkeit die Schwere der Verantwortlichkeit, welche man auf sich geladen, als dem Prinzen Louis Napoleon die Erlaubnis gegeben wurde, an dem Zulufrühe teilzunehmen. Es ist bekannt, daß die Regierung erst nach langem Widerstreben dem Verlangen des Prinzen nachgegeben hat, und es wird erzählt, daß dies schließlich nur auf die dringenden Vorstellungen des Prinzen von Wales und des Herzogs von Cambridge hin geschehen sei. Es mehren sich jetzt die Stimmen, welche der Regierung daraus einen schweren Vorwurf machen. Im Oberhause wurde gestern diese Angelegenheit zur Sprache gebracht. Der Herzog von Cambridge, Oberbefehlshaber des britischen Heeres, verlas nach einer Depesche des „W. T. B.“ die Empfehlungsbriege, die er dem Prinzen an Lord Chelmsford und Sir Bartle Frere mitgegeben und in denen ausdrücklich hervorgehoben wird, daß der Prinz den Feldzug nur als Zuschauer mitmachen solle, und beklagte den Tod des Prinzen als ein schweres und schreckliches Unglück. Lord Beaconsfield ist der Ansicht, daß das Leben des Prinzen grausam und ganz unnötiger Weise geopfert worden sei und widmet dem Prinzen Worte höchster Anerkennung, der Kaiserin Eugenie den Ausdruck tiefsten Mitgeföhls. Lord Granville äußert sich in ähnlicher Weise, hofft aber auf weitere Erklärungen, weshalb der Prinz bei seiner Stellung und Jugend überhaupt in eine so verhängnisvolle Lage habe gesetzt werden können.

Die englische Presse fängt auch an die militärische Seite des unglücklichen Ereignisses näher ins Auge zu fassen. Wie war es möglich — so fragt man — daß einem Prinzen von dem Range und der historischen Bedeutung des Prinzen Louis Napoleon die Führung von Reconnoissirungspatrouillen anvertraut werden konnte? Der Prinz hatte ja und konnte keine dienstliche Stellung haben, er machte den Feldzug nur als Amateur mit; niemals durfte ihm ein verantwortliches Kommando überlassen werden. Und dennoch ließ man ihn Reconnoissirungsrötte unternehmen, bei denen, wie die Katastrophe vom 2. Juni zeigt, auch die elementarsten militärischen Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen wurden. Weil sich ein paar Tage vorher bei den Reconnoissirungen kein Zulu gezeigt, reitet eine Abtheilung von acht bis zehn Mann unter Führung des Prinzen und des Lieutenant Carey, ohne Spitze, ohne Seitenpatrouille wohlgerathen ins feindliche Terrain und, was allem militärischen Brauch geradezu Hohn spricht, macht nicht nur eine einstündige Rast, sondern sätzelt vollständig ab, um die Pferde grasen zu lassen! In Deutschland würde ein Patrouillenführer sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und kassirt werden, der seinen Leuten auch nur erlaubte abzusitzen und die Pferde aus der Hand zu geben. Die Engländer scheinen aber, was den Patrouillen- und Vorposten-, mit einem Wort, den Sicherheitsdienst betrifft, nichts lernen zu wollen, wenn man bedenkt, daß sie bei ihrer jüngsten Kriegsführung in Afghanistan wie am Rapsch wiederholt haben vom Feinde derart überrascht lassen, daß die betreffenden Abtheilungen entweder vollständig aufgerieben wurden oder nur mit genauer Noth einem Massacre entgangen sind.

Die englische Presse unterzieht auch das Verhalten des Lieutenants Carey, der bei dem Erscheinen des Zulus auf und davon geritten sei und den Prinzen im Stich gelassen habe, einer tadelnden Kritik. Man wird aber gut thun, nach dieser Richtung hin mit dem Urtheil zurückzuhalten, bis ausführlichere Berichte über die Katastrophe vorliegen. Denn man kann auf ungenaue Mittheilungen hin einem braven Soldaten nur zu leicht großes Unrecht thun. So weit wir nach den bisherigen Berichten zu urtheilen vermögen, hätte Lieutenant Carey mit seinen Reitern den Prinzen schwerlich herauszusehen können, würde aber wahrscheinlich sammt seiner Mannschaft selbst ein Opfer der Assege der Zulus geworden sein, wodurch möglicherweise das ganze Lager Lord Chelmsfords einer ähnlichen Gefahr preisgegeben worden wäre, wie das der Obersten Dunford und Buller bei Sandvula. Wären Carey und seine Leute geblieben, so wären General Wood und Oberst Buller den Zulus unzweifelhaft in die Hände gefallen sein; denn diese kamen ganz arglos des Weges daher geritten,

um sich nach einem Lagerplatz für den nächsten Tag umzusehen, als ihnen der Lieutenant mit Beddingtonreitern in wilder Flucht entgegenkam.

— Bezüglich der Stellung Badens zu dem Gütertarifgesetz erfahren wir, daß in der Bundesrathssitzung vom 17. d. Mts. unmittelbar vor der Schlußabstimmung über den Entwurf der großherzoglich badische Bevollmächtigte erklärt hatte, durch die Annahme der Ausführanträge §§ 2 und 4, welche nach der Auffassung seiner Regierung eine in die finanziellen und politischen Verhältnisse des Landes tief eingreifende Veränderung der Verfassung enthalten, würde er nun genöthigt sein, gegen das Gesetz zu stimmen. Er hätte dies um so mehr zu bedauern, als die großherzogliche Regierung sonst mit dem Inhalt des Gesetzes in allem Wesentlichen einverstanden sei und insbesondere zu der durch den § 6 bezweckten Abstellung von Mißständen im Bereiche der Ausnahmetarife gerne mitgewirkt hätte, die Möglichkeit einer Vermittelung zwischen den sich gegenüberstehenden Interessen und Ansprüchen scheine ihm immer noch nicht ausgeschlossen und er habe deshalb zur Erwägung zu geben, ob nicht die Schlußabstimmung ausgesetzt und zur Herbeiführung eines Ausgleichs der Entwurf nochmals an den außerordentlichen Ausschuss, zurückgewiesen werden sollte. Diese Anregung ist dann in der Bundesrathssitzung vom 21. d. Mts. mit dem bereits bekannten förmlichen Antrag der Regierungen von Sachsen, Württemberg und Baden auf Zurückweisung des Gegenstandes an den bestehenden außerordentlichen Ausschuss für das Gütertarifwesen wieder aufgenom. worden.

— Die konservative und freikonservative Fraktion hat den Beitritt zu dem Bismarckschen Antrage wegen Wahrung des Steuerbewilligungsrechts abgelehnt. Die Unterhandlungen zwischen diesen Fraktionen und dem Centrum auf Grundlage der föderativen Garantien, d. h. der Deposition des Reiches, dauern fort.

— Das italienische Ministerium Depretis ist allem Anscheine nach entschlossen, die bezüglich der Aufhebung der Maßsteuer erteilten Versprechungen aufrecht zu erhalten. Da sich herausgestellt hat, daß diese Aufhebung ohne die Einführung anderweitiger Steuern nicht verwirklicht werden kann, so sind in der Deputirtenkammer, den Vorschlägen des Rabinets entsprechend, bezüglich Beschlüsse gefaßt worden. Es lag von Anfang an, die Möglichkeit vor daß der Senat, der in der Maßsteuerfrage keineswegs gebunden ist, selbst vor einem Konflikt mit der Deputirtenkammer und mit der Regierung nicht zurückschrecken würde. In der gestrigen Sitzung des Senates gelangte nun der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Maßsteuer zur Verathung. Ueber den Verlauf der Sitzung wird telegraphisch mitgetheilt:

Rom, 23. Juni. Der Finanzminister bekämpfte die Anträge des Berichterstatters und wies nach, daß die Vorschläge des Ministeriums begründet seien. Der Berichterstatter hielt seine Verrechnung aufrecht. Ministerpräsident Depretis besprach die Frage der Kompetenz des Senats in Bezug auf eine wesentliche Abänderung der von der Kammer votirten Steuergesetze und erklärte, daß er vor der Eventualität eines Konfliktes zwischen dem Senat und der Kammer zurückschrecke und die Ablehnung des Entwurfs den gemachten Mobilisationen vorziehe. Serra beantragte eine Tagesordnung, in welcher die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf betreffs Abschaffung der Maßsteuer vor dem Jahre 1883 vorzulegen. Der Ministerpräsident Depretis sprach sich bestimmt gegen diese Tagesordnung aus, die er ablehnen müsse. Die Verathung wurde dann auf morgen vertagt.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten, in eine weitere Verthagung der Maßsteuerreform nicht willigen zu können, ist immerhin bemerkenswerth. Allerdings wird versichert, daß der König Humbert selbst dafür halten soll, daß die Regierung in dieser Angelegenheit zu sehr engagirt sei, als daß ein weiterer Aufschub zulässig wäre.

— Das Befinden der Kaiserin Eugenie hat sich, den neuesten Nachrichten aus London zufolge, merklich gebessert. Sie hörte eine Messe in ihrem Zimmer und hat Rouher und Frau, gestern auch die Königin Viktoria empfangen, welche einen Beileidsbesuch abstattete. Der Papst hat ebenfalls telegraphisch seine Theilnahme kundgethan und der Kaiserin durch den Kardinal Bonaparte seinen apostolischen Segen erteilt. Der Herzog von Bassano soll

erklärt haben, daß das angebliche Testament des Prinzen noch nicht vorgefunden und auch sonst nichts darüber bekannt sei. Rouher, der behauptet, nur um sein Beileid kund zu thun gekommen zu sein, hat Chislehurst bereits wieder verlassen.

— Aus Bukarest von gestern Abend meldet „W. T. B.“: Die Kammer nahm mit 99 gegen 9 Stimmen die von der Regierung befürwortete Adresse als Antwort auf die Thronrede des Fürsten Karl an.

Morgen findet eine geheime Sitzung des Senates und der Kammer statt, in welcher über die Frage bezüglich der Stellung der Juden verhandelt werden soll.

— Die technische Deputation für Seeschifffahrt hat in 4 Sitzungen die überwiesenen Aufgaben erledigt und stellt jetzt die betreffenden Berichte an den Bundesrath zusammen. Hierauf werden die Vorschläge für die Mandatsverneuerung zu der am 1. Juli beginnenden neuen Geschäftsperiode gemacht werden, über deren Wiederauftritt zur Zeit nichts bestimmt ist.

— In der gestrigen Sitzung des englischen Oberhauses bestätigte Lord Salisbury auf eine Anfrage des Earl Granville, daß England und Frankreich dem Abhebe die Abhandlung zu Gunsten seines Sohnes empfohlen hätten. Wie „Daily News“ erfahren, haben die Führer der Opposition beschloffen, die ägyptische Frage zum Gegenstand einer Debatte im Unterhause zu machen.

— Aus Ems von heute meldet „W. T. B.“: Ihre Majestät die Kaiserin traf gestern Mittag von Koblenz zum Besuche des Kaisers hier ein. Zum Diner bei Sr. Majestät waren gestern der Oberpräsident v. Bardeleben, der General v. Beyer, der Regierungspräsident v. Wurm und der Baderommissar v. Lepel geladen.

Ausland.

Paris, 22. Juni. Nach den Senatsbeschlüssen, durch welche die Erfolge in der napoleonischen Familie geordnet worden, ist der Prinz Napoleon der rechtmäßige Nachfolger des kaiserlichen Prinzen. Der Vater des letztern, Napoleon III., hatte das Recht, einen der männlichen Sprößlinge der Brüder Napoleon's I. zu adoptiren und diesen zu seinem Nachfolger zu proklamiren; dieses Recht besitzen aber seine Nachfolger nicht, und der kaiserliche Prinz, für die Bonapartisten Napoleon IV., konnte deshalb in seinem Testament keinen Nachfolger bezeichnen. Der Prinz Victor, welchen man wegen des literarischen Bonapartismus gern an die Stelle des Sohnes Napoleons III. setzen würde, kann also nur zum Napoleon V. in partibus proklamirt werden, wenn sein Vater, der Prinz Napoleon, sich dazu versteht, seinen Rechten zu entsagen. Derselbe hat bisher keinen der bonapartistischen Führer gesehen, aber gestern Nachmittag um 3 Uhr eine lange Unterredung mit seiner Schwester, der Prinzessin Mathilde, gehabt und sich heute nach Millemoi bei Maurice begeben, um sich dort mit seinen intimen Freunden Rabot, Abelon, Philis und Darimon zu beraten. Aus einer Aeußerung, „Ce n'est plus de Londres que doit partir le mot d'ordre, mais d'ici“ will man schließen, daß er keineswegs die Absicht hat, sich seiner Rechte zu begeben. Uebrigens würde eine Abdankung seinerseits ganz im Widerspruch mit seinem ehrgeizigen und herrschsüchtigen Charakter stehen. Prinz Napoleon ist, wenn man will, Revolutionär, Sozialist, aber zugleich auch Autoritätsmensch. Der Prinz Napoleon wird schwerlich jeht, wo das einzige Hinderniß beseitigt ist, welches ihm, falls die Imperialisten wieder aus Ruder kommen sollten, den Weg zur höchsten Gewalt versperren konnte, den Plänen entsagen, mit denen er sich seit der Gründung des zweiten Kaiserreichs trug. Paul de Cassagnac, der Hauptvertreter der literarischen Bonapartisten, erklärt heute im „Pays“, daß er, was auch kommen möge, dem Imperialismus nicht untreu werden würde. Er und seine Freunde würden zwar streng die Vertreter einer Politik der Ordnung, der Autorität und der Religion bleiben, aber in der Personenfrage soweit nöthig nachgeben. Die Sprache der bonapartistischen Blätter ist heute leider als zuvor: sie widersprechen der Ansicht, daß ihre Partei auseinanderfallen werde, und behaupten, daß sie stärker sei denn je und in Frankreich wieder schnell zur Herrschaft gelangen werde. Zugleich enthalten sie eine Note, worin eine dreimonatliche Landesstrafe für den kaiserlichen Prinzen befohlen wird. Wie

verlautet, sollen Maßregeln ergriffen werden, um dieser Agitation ein Ziel zu setzen.

Provinzielles.

Stettin, 25. Juni. In der gestrigen Schwurgerichtssitzung wurde der Magistrats-Bureau-Affistrem Straßburg unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängniß und Ehrverlust auf gleiche Dauer verurtheilt.

Demnächst betrat ein ganzes Verbrecher-Kontingent die Anlagengasse; der bereits vielfach mit Gefängniß und Zuchthaus bestrafte Arbeiter Karl Lubw. Herm. Hauck, der Maurer Ernst Mich. Joh. Hoeft, der Nagelschmied Joh. Karl Aug. Sigism. Borchardt, der bereits vielfach vorbestraft ist und z. B. eine längere Freiheitsstrafe im Zuchthause zu Gollnow verbüßt, dessen Ehefrau Karoline, geb. Freiburg, und die Wittwe Marie Federmann, geb. Bogt, sämmtlich aus Altdamm, angeklagt des schweren Diebstahls resp. der Hehlerei. Am Abend des 9. Jan. v. J. gingen Hauck und Hoeft auf Raub aus; dieselben krabbelten, in Kolow einen Diebstahl auszuführen. Als sie jedoch Höndendorf passirten und an dem Hause des Bauers Arndt, welches dicht an der Dorfstraße liegt, ein mit Eisenstäben versehenes Fenster sahen, vermurtheten sie gute Beute dahinter, traten näher, rissen einige Stäbe heraus, Hauck stieg ins Innere und entwendete Betten, Kleidungsstücke und Tischwäsche im Werthe von ca. 367 Mk., welche Beide auf's Feld vor Altdamm brachten. Von dort wurden die Sachen unter Mithilfe des Borchardt, der mit dem Diebstahl bekannt gemacht wurde, zur Stadt geschafft und versteckt und später ihre Verwerthung versucht. Ein Bett und eine Jacke behielten die Borchardt'schen Eheleute, ein Mantel (36 Mark Werth) wurde an die Wittve Federmann für 4 Mark verkauft. Hauck und Hoeft sind des Diebstahls geständig, hatten bei der Voruntersuchung auch die Mithilfe des Borchardt eingestanden, verjagten jedoch, bei der Verhandlung denselben herauszureißen. Dies gelingt ihnen jedoch nicht, denn durch das Verdict der Geschworenen werden sämmtliche Angeklagte, mit Ausnahme der Wittve Federmann, für schuldig befunden, auch die für die 3 Männer von der Vertheidigung beantragten mildernden Umstände abgelehnt und demgemäß Hauck zu 4 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer, Hoeft zu 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer, Borchardt zusätzlich der Strafe, welche er jetzt verbüßt, zu 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer und die Frau Borchardt zu 2 Mon. Gefängniß verurtheilt, dagegen die Wittve Federmann freigesprochen. Bei den 3 Männern wird auch die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Die letzte Verhandlung gegen den Arbeiter August Ratunde aus Bodebusch wurde mit Ausschuß der Öffentlichkeit geführt, mußte jedoch vertagt werden, da ein Hauptzeuge fehlt.

— Am 20. d. M. wurde in einem Ballgraben vor dem Königsthor unter einem Nesselbusch ein vierrädriger Kaufmannswagen aufgefunden. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich auf dem Bureau der Kriminal-Polizei, große Wollweberstr. 60—61, melden und den Wagen gegen Erstattung der durch den Transport entstandenen Kosten in Empfang nehmen.

— Gestern Morgen wurde auf dem Bredower Kirchhofe eine männliche Person an einem Baume hängend aufgefunden.

— Während die Strafverfolgung bei Uebertretungen im Allgemeinen in drei Monaten verjährt, verjähren in Preußen Uebertretungen, welche durch Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Entrichtung der Steuern begangen werden, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 16. Mai 1879 erst in fünf Jahren. Nach § 2 des Einführungsgesetzes vom 31. Mai 1870 sind die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über strafbare Verletzungen des Steuergesetzes in Kraft geblieben, und diese Aufrechterhaltung der Landesgesetzgebung bezieht sich unbedenklich auch auf die besonderen Vorschriften des Landesrechts über die Verjährung der Strafverfolgung bei Steuerergeben. Damit ist auch der Artikel XI. der Verordnung vom 25. Juni 1867 in Kraft erhalten, nach welchem Vergehen und Uebertretungen, welche durch Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Entrichtung der Steuern begangen werden, in fünf Jahren verjähren.

§ Zempelburg, 23. Juni. Gestern erhob

[illegible]

Concert-Entrée für Theaterbesucher 25 Pf.